

MITTEILUNGEN

des Komitees für wissenschaftliche
Zusammenarbeit mit Kuba

Ausstellung: Die von den Gruppen Bielefeld, Göttingen, Hamburg, Kiel, Köln/Bonn und Münster vorbereitete Ausstellung "CUBA - 14 Jahre revolutionäre Entwicklung in Wissenschaft, Erziehung, Wirtschaft und Gesellschaft" wird am 15. Januar in Göttingen eröffnet. In den darauffolgenden Monaten wird sie in insgesamt 14 Städten gezeigt werden.

Reihenfolge und Termine:

Göttingen: 15.1.-20.1.	Bochum: 21.5.-26.5.
Berlin: 22.1.-27.1.	Köln: 28.5.-2.6.
Kiel: 29.1.-3.2.	Bonn: 11.6.-16.6.
Hamburg: 5.2.-10.2.	Heidelberg: 18.6.-23.6.
Bremen: 30.4.-5.5.	Freiburg: 25.6.-30.6.
Bielefeld: 7.5.-12.5.	Tübingen: 2.7.-7.7.
Münster: 14.5.-19.5.	München: 9.7.-14.7.

Der Zeitraum 11.2.-29.4. (Semesterferien) ist noch zur freien Verfügung für Interessenten, die nicht an die Semestertermine der Universitäten gebunden sind.

Gleichzeitig mit der Ausstellung ist eine 96 Seiten umfassende Dokumentation zusammengestellt worden, die neben dem gesamten Ausstellungsmaterial weitere Information über Kuba und das Komitee enthält. Sie ist für die Gewinnung von neuen Mitgliedern und Mitarbeitern besonders geeignet. Der Preis der mit nahezu 100 Fotos, zahlreichen Tabellen und Graphiken sehr informativ ausgestatteten Dokumentation beträgt 5 DM. Die lokalen Gruppen erhalten beliebig viele Exemplare gegen vorherige Überweisung des Betrages auf das Konto des Komitees von der Hamburger Gruppe. Buchhandlungen erhalten die Dokumentation nach Bestellung bei der Hamburger Gruppe gegen Rechnung (Ladenpreis 5 DM, Rechnungspreis für die Buchhandlungen 4 DM).

Projekte: Dank großzügiger finanzieller Unterstützung durch verschiedene Organisationen und Einzelpersonen konnte das KoWiZuku 1972 seine materiellen Leistungen für kubanische Universitätsinstitute erheblich ausdehnen. Um einen Eindruck vom Umfang dieses Teiles unserer Arbeit zu geben, sollen folgend die größeren derjenigen Projekte genannt werden, die bereits abgeschlossen wurden oder im Verlauf der nächsten Wochen abgeschlossen werden:

1. Ausstattung der Humangenetischen Abteilung der medizinischen Fakultät, Univ. La Habana mit Geräten, Chemikalien und wissenschaftlichen Publikationen - Wert ca. DM 45 000
Mit diesem Projekt wird die Arbeit von Klaus ergänzt, der seit April 1972 in dem genannten Institut tätig ist. Das Projekt ist noch nicht abgeschlossen.

Zentrale: Fakultät für Mathematik
48 Bielefeld
Postfach 8640
Konto Commerzbank Hamburg
Kontonummer: 39/50045
Stichwort KOWIZUKU

NO 2

2. Optische Geräte für die Escuela de Física, Univ. Central, Las Villas - Wert ca. 2 900 DM.
Dieses Projekt kam durch Kooperation der betreffenden Stellen der Universität und Heinrich zustande, der sich zu einem mittelfristigen Arbeitsaufenthalt an der genannten Schule befand.
Das Projekt ist abgeschlossen.
3. Kleingerät, Chemikalien, Bücher zur Ausstattung des Sommerkurses "Biochemie der Kohlehydrate", La Habana 1972 - Wert ca. DM 6 000.
Das Projekt ist abgeschlossen.
4. Je ein Sprachprogramm inklusive Kassettenrekorder und schriftliches Begleitmaterial für russisch und deutsch für die Univ. de Oriente, Relaciones Internacionales - Wert ca. DM 2 200.
Das Projekt ist abgeschlossen.
5. Bücher zum Aufbau der Bibliothek der Fakultät für Architektur der Univ. de Oriente - Wert ca. 2 500 DM.
Dieses Projekt steht im Zusammenhang mit dem langfristigen Arbeitsaufenthalt von Ulli und Francisco. Das Projekt ist vorläufig abgeschlossen, eine Erweiterung ist bereits eingerichtet.
6. Fachliteratur für die Escuela de Física, Univ. de Oriente - Wert ca. DM 5 000.
Das Projekt ist noch nicht abgeschlossen.
7. Fachliteratur für: Instituto Pedagógico, Escuela de Matemática, beide in La Habana; Escuela de Física und Escuela de las Ciencias Químicas, beide Univ. Central, Las Villas.
Wert ca. DM 3 800.
Das Projekt ist abgeschlossen
8. Ozeanographische Fachliteratur für die Escuela de Geografía der Universität La Habana. Diese Bücherliste im Wert von ca. 4 000 DM wurde von Matthias nach seinem Sommerkurs 1971 zusammengestellt. Das Projekt ist nahezu abgeschlossen.

Aufgrund der bereits vorliegenden Anmeldungen ist abzusehen, daß die Projekte im Jahr 1973 einen ähnlichen, wenn nicht sogar erheblich größeren Umfang annehmen werden. Die Finanzierung ist bereits eingeleitet.

Gruppe Hamburg

Verfahrensregelung: Unsere materielle Unterstützung kubanischer Institute ist relativ langsam angelaufen. Es war daher zunächst sinnvoll und möglich, auf die Initiative und Improvisation der Mitglieder zu bauen. Der Umfang der im laufenden Jahr abgeschlossenen Projekte dürfte jedoch deutlich machen, daß wir diese Anfangsphase überwunden haben und daß nun folglich mehr Koordination und Absprachen zur Abwicklung erforderlich sind. Delegiertenrat und Vorstand haben bereits vor einiger Zeit entsprechende Beschlüsse gefaßt, auf die hier nochmals hingewiesen werden soll. Bitte bedenkt, daß einsame Aktivitäten in dieser Phase unserer Arbeit die Finanzen des Komitees und die Einsatzbereitschaft einzelner Mitglieder in unzulässiger Weise belasten müssen.

wir das Aufsplittern unserer Finanzen verhindern und einen Überblick über unsere Aktivitäten behalten.

Wenn Projekte anders als durch das Komitee finanziert werden können, dann sollte der Schatzmeister detailliert über Art und Umfang des Projekts informiert werden (bes. im Hinblick auf den Versand, s.u.). Wissenschaftliche Publikationen werden uns zu sehr günstigen Bedingungen durch eine Buchhandlung beschafft, die Bestellungen jedoch nur durch den Schatzmeister des KoWiZuKu entgegennimmt. Für Geräte etc. gilt ähnliches, nur daß dabei verschiedene Mitglieder eingeschaltet werden.

1. Alle Bestellungen von Büchern, Geräten und anderem Material für kubanische Institute werden grundsätzlich vom jeweiligen Schatzmeister des Komitees aufgegeben. Nur so können
2. Größere Projekte - im Umfang über DM 500,-- sollten so langfristig vorbereitet werden (Richtpreise ermitteln!), daß sie zu einer Sitzung des Delegiertenrates vorgelegt werden können.

Das gilt insbesondere für Projekte im Rahmen der Sommerschulen. Es besteht die Möglichkeit, das Projekt im Rahmen der Gesamtvorhaben des KoWiZuku zu diskutieren, günstige Beschaffungsweisen zu erörtern etc. Projekte ab der genannten Höhe benötigen in jedem Falle die Zustimmung der Delegierten; bislang mußte sie meist im Korrespondenzverfahren eingeholt werden, was zusätzlich Zeit und Geld kostet und letztlich eine Finanzplanung unmöglich macht.

Versucht deshalb bis spätestens 14 Tage vor der nächsten MV den Materialbedarf für die Sommerschulen festzustellen.

3. Der Versand von größeren Lieferungen erfolgt im Regelfall über Hamburg.

In Anbetracht des Umfangs, den unsere Büchersendungen z.B. angenommen haben, kann der Botschaft in Paris der Versand nicht mehr zugemutet werden.

Wir kooperieren seit einiger Zeit mit einer Spedition in Hamburg, die die seemäßige Verpackung und Verladung übernimmt; einmal im Monat, im Regelfall am Monatsende, läuft von Hamburg ein Schiff nach La Habana aus. Eure Sendungen sollten am besten in der Monatsmitte in Hamburg eintreffen, begleitet von einer detaillierten Liste mit Wertangabe (Original + ein Durchschlag). Bei Geräte-lieferungen übernimmt die betreffende Firma den Versand bis zur Spedition.

Schickt also keine Pakete mehr direkt nach Paris oder an die Zentrale, sondern an die Adresse: Gerlinde Supplitt, 2 Hamburg 20, Wrangelstr.24 - und vergißt nicht, den Bestimmungsort der Sendung in Kuba anzugeben!!

Gruppe Hamburg

----- Die Isolation Kubas wird gelockert -----

Seit dem Sieg der kubanischen Revolution bis zum Amtsantritt Präsident Allendes in Chile war Mexico das einzige Land Lateinamerikas, das mit Kuba diplomatische Beziehungen unterhielt. Diese Situation änderte sich Mitte 1972; neben Chile nahm Peru am 8. Juli 1972 die diplomatischen Beziehungen wieder auf. Im folgenden wird die neue Entwicklung und Kubas Einschätzung der neuen Politik einiger lateinamerikanischer Länder gegenüber Kuba kurz dokumentiert.

Granma, 9.6.1972:

"Der permanente Rat der OEA lehnte gestern Nacht einen Antrag Perus ab, daß es jedem Land des Kontinents freigestellt sein sollte, seine wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen mit Kuba zu normalisieren. Die Abstimmung ergab 13 Gegenstimmen, 7 Befürwortungen und 3 Enthaltungen.

Peru erhielt die Unterstützung von Chile, Panama, Mexico, Ecuador, Trinidad-Tobago und Jamaika. Die Enthaltungen entfielen auf Argentinien, Venezuela und Barbados. Die Gegenstimmen gaben die USA, Brasilien, Columbien, Uruguay, Bolivien, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Paraguay und die Dominikanische Republik.

Der peruanische Vizekanzler, Carlos Garcia Bedoy der vor der OEA als besonderer Botschafter seiner Regierung erschien, um den Antrag vorzubringen und zu begründen, sagte, daß das Abstimmungsergebnis auf jeden Fall die Beseitigung der "Politik der Strafe" gegen La Habana bedeute, da diese nicht die 16 Stimmen erreichte, die nach dem Abkommen von Rio de Janeiro für ihre Ratifikation notwendig gewesen wären.

Bekanntlich beschloß die OEA 1964, gegen Kuba eine politische und wirtschaftliche Blockade anzuwenden; der Beschluß wurde mit exakt 14 Stimmen der damals 20 Mitglieder erreicht. Heute benötigte er 16 der 23 Mitgliederstimmen dieser regionalen Organisation.

Ebenso ist die Position Kubas bekannt, wie sie von ihrer Regierung wiederholt zum Ausdruck gebracht worden ist, daß das Land der Antillen absolut kein Interesse daran hat, in den Schoß der OEA, deren Politik der Unterwerfung unter die USA es wiederholt verurteilt hat, zurückzukehren."

Granma, 12.6.1972; Editorial (auszugsweise):

"Es ist klar, daß (dieses Ergebnis) nicht dazu geeignet ist, das angeschlagene Prestige der OEA wiederherzustellen; vielmehr ist offensichtlich, daß das institutionelle Instrumentarium kontinentalen Charakters, das die OEA für die USA darstellt, im Gebrauch bereits unbequem geworden ist, und daß ihre imperiale Autorität in Amerika immer mehr zerbricht.

Die Regierung Kubas, die ihre prinzipielle Position gegenüber der OEA hinreichend definiert hat, respektiert dessen ungeachtet die Initiative der peruanischen Regierung und betrachtet sie als ein Vorgehen, das in gutem Glauben aus eigener Unabhängigkeit heraus verfolgt worden ist. Dieselbe Beurteilung und Achtung gebührt den Handlungen der Regierungen, die in der OEA für den peruanischen Antrag stimmten, unabhängig von den unterschiedlichen Positionen, die diese Regierungen gegenüber der OEA einnehmen, und gegenüber der definierten Position der kubanischen Regierung.

Der peruanische Antrag zielte darauf hin, ausgehend von den rechtlichen Möglichkeiten der OEA für die Regierungen des Kontinents die Berechtigung zu erreichen, mit Kuba Beziehungen auf dem Niveau aufzunehmen, das sie für geeignet halten. In dieser Hinsicht ist es angebracht, die definierte Politik der Revolutionären Regierung Kubas in Erinnerung zu rufen, nach der unser Land bereit ist, Beziehungen mit jeder Regierung aufzunehmen, die unabhängig ist und in der Lage, ihre Haltung mit authentischen Kundgebungen der Souveränität und nationalen Unabhängigkeit auszudrücken und zu zeigen. Kuba führt diese Politik anlässlich dieser peruanischen Initiative wiederum durch, die genau unter dem Zeichen einer souveränen Handlungsweise geplant und realisiert worden ist."

Dieselbe prinzipielle Haltung nimmt Kuba anderen Ländern gegenüber ein, die in gleicher Richtung wie Peru arbeiten. Im Oktober 1972 waren dies die Länder im karibischen Raum.

Granma, Resumen Semanal, 22.10.1972:

"Guayana, Jamaika, Barbados und Trinidad-Tobago gaben gestern eine gemeinsame Erklärung ab, daß sie in Kürze mit der Republik Kuba Beziehungen aufnehmen werden.

Diese Erklärung wurde von Forbes Burnham, Premierminister Guyanas, während einer Mitteilung vor der Vollversammlung der Regierungschefs der Karibischen Nationen im British Commonwealth abgegeben.

Die Mitteilung... lautet:

"Die unabhängigen englisch - sprechenden Staaten der Karibik werden, in Durchführung ihres souveränen Rechts, mit jedem souveränen Staat Beziehungen zu pflegen, und in Übereinstimmung mit ihrem Ziel, regionale Solidarität zu fördern und spürbare und gänzlich wirtschaftliche Zusammenarbeit unter allen karibischen Nationen zu erreichen, auf die schnelle Aufnahme von Beziehungen mit Kuba hinwirken, seien diese wirtschaftlicher oder politischer Art oder beides. Um dies zu erreichen, werden die englisch - sprechenden Staaten der Karibik auf der Basis der beschlossenen Maßnahmen zusammenarbeiten."

Wie Kuba anlässlich der peruanischen Initiative seine Stellung zu national unabhängigen, souveränen Regierungen nochmals dargelegt und damit verdeutlicht hat, daß die Respektierung dieser Regierungen nicht mit ihrer ideologischen Unterstützung verwechselt werden darf, läßt es auch keinen Zweifel daran, daß die USA-Regierungen der übrigen Länder nach wie vor mit massiver Bekämpfung rechnen müssen. Das beweist eine Meldung der Granma vom 15.10.1972 über die in vielen Ländern der Welt zu Ehren des 5. Todestages Che Guevaras durchgeführten Veranstaltungen. Neben Zeitungsberichten und Gedenkfeiern in DDR, USSR, Nordvietnam, Nordkorea, Polen, CSSR, Ungarn, Algerien, Chile und Venezuela, werden auch eine Massendemonstration in Uruguay, bei der es zu Schießereien durch die Polizei kam, und ein Überfall eines Guerilla-Kommandos auf eine Kaserne und Bombenanschläge auf US-Konzerne zu Ehren des Todestages von Che in Argentinien beschrieben.

M. T.

Kuba im Comecon

Nach dem kubanischen Staatsbesuch in Guinea, Algerien, der UdSSR und mehreren osteuropäischen Ländern gab die kubanische Regierung im Sommer des vergangenen Jahres den Beitritt ihres Landes zum Comecon bekannt. Da Kuba an den Beratungen des Comecon schon seit Jahren als Beobachter teilnimmt, kann dieser Entschluß niemanden überraschen. Seine Konsequenzen für die praktische Zusammenarbeit Kubas mit kapitalistischen Ländern und mit Organisationen wie dem KoWiZuKu halten sich deshalb in engen Grenzen. Kuba hat seit über einem Jahrzehnt die entscheidende Hilfe beim Kampf gegen das Erbe des Imperialismus von den Mitgliedern des Comecon erfahren. Daneben hat das KoWiZuKu die Rolle des bemühten, aber schwachen Helfers gespielt, der in ganz speziellen Teilbereichen zu einer wertvollen Hilfe werden konnte. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.

Der Comecon - Beitritt Kubas ist in der bürgerlichen Presse der BRD als Folge der Abhängigkeit Kubas von der Sowjetunion ausgelegt, insgesamt aber wenig kommentiert worden. In der Einschätzung, es handele sich um eine für Kuba schädliche Entscheidung, herrschte überall Einigkeit. Die Überzeugung, der Comecon sei nichts als ein politisches und wirtschaftliches Instrument der UdSSR, und wer einmal in die Klauen des Comecon geraten sei, opfere sein Blut unweigerlich dem Vampir Sowjetunion, ist in der BRD anscheinend allgemein akzeptiertes Gedankengut.

Es ist deshalb sicherlich angebracht, innerhalb des KoWiZuKu die Beurteilung des Comecon auf eine rationelle Basis zu stellen.

Niemand wird ernsthaft bestreiten wollen, daß die vielen umfangreichen Kredite, die die Sowjetunion Kuba gewährt hat und weiter gewährt, die Voraussetzung für das Überleben der kubanischen Revolution gegen US-Agressionen und Wirtschaftsblockade waren. Ebenso schwer ist es abzuleugnen, daß das derzeitige Gläubiger - Schuldner - Verhältnis zwischen der UdSSR und Kuba für machtpolitische Ziele des stärkeren Partners ausgenutzt werden kann. Diese Tatsachen existieren, und man löst die damit verbundenen Probleme nicht durch den Rat, die Kubaner hätten lieber um den Preis absoluter Unabhängigkeit den Sieg ihrer Revolution aufs Spiel setzen sollen. Die Frage nach Möglichkeit und Wirklichkeit kubanischer Unterordnung unter die Interessen der Sowjetunion läßt sich im übrigen nur durch

eine genaue Analyse der wirtschaftlichen und politischen Vorgänge beantworten.

Die kubanische Kreditschuld gegenüber der UdSSR existiert nicht erst seit heute. Wenn jetzt die Befürchtung laut wird, der Eintritt Kubas in den Comecon enge die Möglichkeiten einer unabhängigen sozialistischen Politik ein, dann muß zurückgefragt werden: Wo beschneidet der Comecon die Freiheit, die Kuba vor seinem Eintritt hatte? Vor einigen Monaten hat Westeuropa erlebt, daß Norwegen aus Angst vor dem Verlust seiner Unabhängigkeit vom Eintritt in die EWG zurücktrat. Die Angst ist nur zu berechtigt: Im EWG-Rat ist die Stimmenverteilung nach der wirtschaftlichen Macht der Mitgliedsländer verteilt (z.B. hat die BRD 4 Stimmen, Holland nur 1 Stimme), und Beschlüsse, die mit 2/3-Mehrheit gefaßt werden, sind für alle Mitglieder bindend. Es bedarf keines großen Vorstellungsvermögens, sich auszumalen, wie schnell ein wirtschaftlich noch schwaches Land wie Kuba in einer solchen Wirtschaftsgemeinschaft von ausländischem Kapital aufgekauft und zu jeder eigenen Entscheidung unfähig wäre. Bei Norwegen hätte es länger gedauert; die Wachstumsgeschwindigkeit des deutschen Kapitals in Irland wird man jetzt beobachten können.

Im Comecon ist "ausländisches Kapital" unbekannt. Jedes Comecon-Mitglied ist ausschließlicher Besitzer aller Produktionsanlagen, die sich auf seinem Territorium befinden. Mit Recht stellt Fidel Castro fest:

"Das sowjetische Volk hat keine Investitionen in irgend einem anderen Land. Der sowjetische Staat besitzt keine Bergwerke, Ölförderungsanlagen oder Fabriken außerhalb der UdSSR. Was er hat, was er besitzt, was er ausleiht, und die Hilfe, die er gibt, entspringt aus seinen natürlichen Rohstoffquellen und aus der Arbeit seines Volkes."

Für ein Volk, dessen Industrie und Landwirtschaft noch vor wenig mehr als einem Jahrzehnt ein Reservat des US-Kapitalismus war, bietet der Comecon qualitativ neue Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Nach dem Statut des Comecon hat jedes Mitglied eine Stimme. Bevor ein Problem behandelt wird, steht es jedem Mitglied frei, sein Interesse an dem Problem zu erklären. Beschlüsse können nur gefaßt

werden, wenn unter den interessierten Mitgliedern Einstimmigkeit erzielt worden ist; sie betreffen in jedem Fall nur diejenigen Mitglieder, die ihr Interesse an dem behandelten Problem erklärt haben. vom Statut her ist deshalb bereits sichergestellt, daß Kubas Produktion nie wieder in fremden Besitz gerät, und daß Kuba nicht durch Mehrheitsbeschlüsse zu Schritten gezwungen wird, die den Interessen seiner Arbeiter und Bauern zuwiderlaufen.

Die Abschaffung ausländischen Besitzes und der Aufbau einer nationalen Volkswirtschaft waren die erste qualitative Veränderung, dessen Erfolge durch Kubas Comecon-Beitritt noch mehr gesichert werden als bisher. Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, an dem das kubanische Volk heute zielstrebig arbeitet als je zuvor, ist der nächste qualitative Schritt. Wie weit die Comecon-Mitgliedschaft Kubas hierzu beiträgt, wird von der Verwirklichung eines wichtigen Teils des Statuts abhängen, an den die kubanische Regierung beim Eintritt Kubas in den Comecon nicht zufällig erinnerte, des erklärten Zieles des Comecon nämlich, neben dem Aufbau der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung und der solidarischen Hilfe bei der Entwicklung der Volkswirtschaften die Beseitigung der Unterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsstand der Mitgliedsländer zu erreichen. Die bisherige Entwicklung der Comecon-Länder läßt in diesem Punkt keine enthusiastischen Hoffnungen aufkommen. Die Gründe sind im wirtschaftlichen Entwicklungsstand der Comecon-Länder ebenso zu suchen wie in ihrer politischen Struktur.

In ihren Wirtschaftsbeziehungen benutzen die Comecon-Länder ein Preissystem, das sich - unter Ausschluß der kurzfristigen periodischen Schwankungen an den Preisen des kapitalistischen Weltmarktes orientiert. Dies kann auch solange nicht anders sein, wie die durchschnittliche Produktivität der sozialistischen Länder unter derjenigen der kapitalistischen Länder liegt, da sonst die Preise für Waren aus sozialistischen Ländern über den entsprechenden der kapitalistischen Länder liegen würden. Dadurch würden unlösbare Konflikte auftreten durch das Bestehen der sozialistischen Länder, ihren wirtschaftlichen Aufbau hauptsächlich durch Import billiger kapitalistischer Maschinen zu beschleunigen, einerseits, und die Unmöglichkeit, die teuren sozialistischen Produkte dafür einzutauschen, andererseits. Die Orientierung am Preissystem des kapitalistischen Weltmarktes vermeidet diese Schwierigkeiten und erlaubt einen sinnvollen, den Sozialismus fördernden Welthandel.

Der Kapitalismus hat aber bekanntlich seine eigenen Gesetze, die die Entwicklung der Preise kontrollieren. Im Zeitalter des Imperialismus sind es nicht mehr die Gesetze der freien Konkurrenz allein, sondern in den entscheidenden Bereichen - und zuallererst in den Beziehungen zwischen imperialistischen Industrieländern und Entwicklungsländern - die Gesetze der Monopole. Sie bewirken, wie dies jede UN-Statistik demonstriert, eine Entwicklung der Weltmarktpreise, die den Abstand zwischen industrialisierten Ländern und Entwicklungsländern ständig vergrößert (zum Beispiel schlägt sich die Tatsache, daß viele Entwicklungsländer noch immer Rohstofflieferanten der Industrieländer sind, in einem tendenziellen Sinken der Rohstoffpreise bei tendenziellem Anstieg der Preise für Fertigprodukte nieder). Vor dieser gesetzmäßigen Entwicklung rettet auch das Zollpräferenzsystem der EWG kein Entwicklungsland. Wenn jedoch die schwach entwickelten Länder des Comecon nicht dasselbe Schicksal ereilen soll, muß den Wirkungen der Weltmarktpreise im Comecon bewußt begegnet werden.

Abbau der Unterschiede im Wirtschaftsniveau bedeutet zum einen ungeheure konzentrierte Arbeitsleistungen für das wenig entwickelte Land. Die kubanischen Arbeiter zeigen, daß sie bereit sind, sie über Jahrzehnte hinaus zu erbringen. Zum anderen bedeutet es freiwilligen Verzicht auf die Verwendung eines Teils des gesellschaftlichen Mehrprodukts des entwickelten Landes für den weiteren Ausbau seiner eigenen Volkswirtschaft, zugunsten der bevorzugten Förderung des zu entwickelnden Landes. Zwar stellen die Kredite, die die Sowjetunion Kuba zur Verfügung stellt, im Prinzip einen solchen Verzicht dar (im Gegensatz zu kapitalistischen Krediten, bei denen es sich nur um die profitable Anlage von im Inland nicht profitbringend zu verwendendem Kapital handelt); doch ist damit das Problem nicht erschöpft. Das Ziel, die bestehenden Unterschiede im Wirtschaftsniveau aufzuheben, erreicht dieser Verzicht nur, wenn er von der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse getragen wird; fehlt sie, dann wird sein Ziel von anderen, nicht notwendigerweise damit übereinstimmenden Interessen bestimmt.

Die historische Entwicklung der meisten Comecon-Länder hat es nicht zu der Identität zwischen Arbeiterklasse und Regierung, wie sie sich in Kuba herausbilden konnte, kommen lassen. Die Regierungen haben sich lange Zeit bemüht, die Interessen der Arbeiterklassen durchzusetzen

so gut die Situation es zuließ; die Sowjetunion hat auf diese Weise die ungeheure Leistung vollbracht, den 2. Weltkrieg zu überstehen. Heute hat die besondere Situation dieser Länder die Theorie vom friedlichen Wettbewerb der Systeme hervorgebracht. Deshalb wird in gemeinsamen Erklärungen der Comecon-Länder davon gesprochen, der Abbau der wirtschaftlichen Unterschiede zwischen ihnen sei eine automatische Folge ihrer sozialistischen Handelsbeziehungen. Deshalb ist der Comecon heute - im Gegensatz zu den frühen fünfziger Jahren - auf maximale Steigerung der Produktivität gerichtet.

Daß der Abbau der Unterschiede bei gleichzeitigem Wirken der kapitalistischen Weltmarktpreise im Comecon nicht automatisch erfolgt, sondern erkämpft werden muß, ist auch allem, was bisher gezeigt wurde, klar. Daß maximale Steigerung der Produktivität nicht unbedingt die Grundlage für eine sozialistische Gesellschaft schafft, wird an der Entwicklung Bulgariens deutlich: Bulgarien hat von allen Comecon-Ländern lange die größten Kredite erhalten und konnte deshalb die größten Steigerungsraten des Nationalprodukts vorweisen; sie ließen sich aber am einfachsten erreichen, wenn man auf eine wirkliche Neuorientierung der Wirtschaftsstruktur verzichtete. Infolgedessen wuchs der Anteil der Agrarprodukte an Bulgariens Export, begleitet von Wachsen des Konsumgüterexports, während auf der anderen Seite der Importanteil an Maschinen stieg. Heute verfügt Bulgarien über eine mäßig entwickelte Industrie mit dem Schwergewicht auf der Verarbeitung von Agrarprodukten und Konsumgüterindustrie; der Anteil der Schwerindustrie beträgt nur einige Prozent.

Wenn man sich vor Augen hält, daß der Sozialismus von der industriellen Arbeiterklasse getragen wird, und daß den Kern dieser Klasse stets die Arbeiter derjenigen Industriezweige gestellt haben, die für die Herstellung von Produktionsgütern entscheidend sind (Bergbau, Metallverarbeitung, Maschinenbau, heute auch zunehmend die Chemie), dann bietet die Wirtschaftsentwicklung Bulgariens - mit dem großen Anteil bäuerlicher Bevölkerung - keine optimale Voraussetzung für eine sozialistische Gesellschaft. In anderen Ländern des Comecon ist die Situation nur graduell verschieden. Neue Produktionsbetriebe des Comecon, die den Schlüsselindustrien angehören, werden vorwiegend in der UdSSR errichtet. Ungarn hat auf die Aluminiumherstellung verzichten müssen, obwohl dies die einzige Schwerindustrie ist, die in Ungarn in größerem Maßstab möglich wäre; die Mongolei ist fast völlig vernachlässigt worden.

Damit ist nicht bewiesen, daß Kuba im Comecon auf den Platz eines Südfrucht-Produzenten verbannt ist. Auch Rumänien war in den fünfziger Jahren die Rolle eines "industrialisierten Agrarlandes" zugedacht worden, und es hat sich erfolgreich gewehrt und die Errichtung eines Stahlwerkes mit Comecon-Unterstützung erreicht, das seine Stahlproduktion vervielfachte. Heute hat es eine wesentlich ausgewogenere Struktur als Bulgarien. Allerdings darf man die verschiedenen Voraussetzungen nicht aus den Augen verlieren: Während Bulgarien über 60 % seiner Produkte in die UdSSR exportierte, betrug der Exportanteil Rumäniens in die UdSSR unter 20 %; es war unabhängiger von eventuellen Quotensenkungen durch die Sowjetunion und konnte entschlossener auftreten.

Die kubanische Regierung weiß, daß eine dauerhafte Industrialisierung der Landwirtschaft von einer entwickelten Basisindustrie getragen werden muß, und betrachtet die forcierte Förderung der Zucker- und übrigen Agrarprodukte als Mittel, Devisen zu gewinnen für den industriellen Aufbau. Beim heutigen Stand des Comecon wird sich diese Auffassung sicher nur zäh und in ständigen Auseinandersetzungen durchsetzen können. Die materiellen Grundlagen der kubanischen Verhandlungsposition sind dabei eher schlechter als besser, verglichen mit der Situation Bulgariens oder Rumäniens. Auf der anderen Seite ist die kubanische Regierung fraglos ungleich mehr eine Regierung ihrer Arbeiterklasse, als dies selbst in Rumänien, dem in dieser Hinsicht weitesten Land des Comecon vor dem Eintritt Kubas, der Fall ist. Der Eintritt Kubas kann deshalb seine schwierige Situation nicht verschlechtern und den Interessen der Arbeiterklasse innerhalb des Comecon nur förderlich sein. Eine Kritik des Comecon, wie sie hier vorgebracht wird, findet sich schließlich in Ansätzen - und vor allem im Hinblick auf die Unmöglichkeit von "sozialistischen Agrarländern" - auch bei den Politökonomien des Comecon selbst.

Wie der kubanische Schritt auf lange Sicht zu beurteilen ist, hat Fidel Castro nach seinem Besuch in der UdSSR verdeutlicht: "Wir glauben, daß wir eines Tages politisch und wirtschaftlich dem Rest der Völker Lateinamerikas eingegliedert sein werden... Aber das wird Zeit kosten. Wir können keine Pläne entwickeln auf der Basis einer Integration, die 10, 15, 20, 25, 30 Jahre dauern könnte - die letzte Zahl für die größten Pessimisten."

In der Zwischenzeit, was tun wir als kleines Land, umgeben von Kapitalisten und blockiert vom Yankee-Imperialismus? Wir gliedern uns wirtschaftlich dem sozialistischen Lager an!"

Die "Bohemia" vom 21.7.1972 schreibt:

"Nicht nur Kuba ist eingetreten, auch Lateinamerika ist der im Werden begriffenen sozialistischen Weltwirtschaft beigetreten. Kuba gehört nach geographischer und historischer Definition der lateinamerikanischen Gemeinschaft an, und während es sich, wie Fidel Castro bestätigt hat, als Teil der sozialistischen Integration betrachtet, die ihr Zentrum in Europa hat, strebt es danach, ein Verbindungsglied zu sein zwischen dem siegreichen Sozialismus in Europa und Asien und der künftigen sozialistischen lateinamerikanischen Gemeinschaft; deren Kern zu sein, ist Kuba durch die Geschichte als Privileg zuteil geworden."

Kubas Politik gegenüber und mit dem Comecon ist also klar. Wenn nun das "Handelsblatt" vom 4.9.1972 Außenminister Roa zitiert: "Wenn wir beispielsweise unsere Handelsbeziehungen innerhalb Amerikas intensivieren könnten und uns die Comecon-Mitgliedschaft dabei hinderlich wäre, könnten wir austreten", dann steckt ungeachtet aller heimlichen Hoffnungen des "Handelsblatts" auf einen baldigen spektakulären Austritt Kubas in Roas Aussage die Überzeugung Kubas, daß es irgendwann eine sozialistische Wirtschaftsgemeinschaft Lateinamerikas geben wird. Bis dahin aber wird noch einige Zeit vergehen, und in dieser Zeit wird Kubas Mitgliedschaft im Comecon seine Situation zwar nicht grundlegend verändern, aber auch sein Schaden nicht sein.

M. T.

----- Kuba und die sozialistische Zusammenarbeit -----

Von Pedro Martínez Pérez, Prensa Latina, La Habana - En: Síntesis latinoamericano, No. 237, 9.10.1972:

Die Bande Kubas mit dem sozialistischen Lager, die besonders anlässlich der kürzlich stattgefundenen Reise des Premierministers Fidel Castro durch 7 Länder Osteuropas gestärkt und durch die spätere Aufnahme in das Comecon (CAME) konsolidiert wurden, zeigen auch ein für die Insel positives Ergebnis im Bereich der Zusammenarbeit.

Obwohl Kuba bilaterale (Mit-) Zusammenarbeit von einigen kapitalistischen Ländern und von den internationalen Organisationen, die von den Vereinten Nationen abhängen, erhalten hat, ist die hauptsächlichste Quelle der Zusammenarbeit während der revolutionären Periode mit der Gesamtheit der sozialistischen Länder gewesen.

Besonders bedeutsam ab 1967 hat sich diese Zusammenarbeit konkretisiert durch die Entsendung von Tausenden von Technikern der verschiedenen Spezialitäten, Austausch von Studiengruppen, Aushändigung von technischer Dokumentation, Mustern und Ausrüstungen am Rande des normalen Handels; Ausbildung von kubanischem Personal, Studententstipendien und direkte Zusammenarbeit durch gemeinsame Arbeitsprogramme zwischen verwandten Institutionen.

Während der Jahre 1967-71 hielten sich im Durchschnitt in Kuba mehr als 7 500 Spezialisten auf, die komplexe technische Probleme lösten und hier in verschiedenen Zweigen qualifiziertes Personal ausbildeten.

55 % aller Spezialisten sind aus der Sowjetunion gekommen, mit der Kuba außerdem ca. 60 % seines Außenhandels abwickelt und von der Kuba wichtige Hilfe im militärischen Bereich für die Verteidigung der Revolution angesichts seiner ausländischen Feinde erhält.

Die überwältigende Mehrheit der sowjetischen Techniker konzentriert sich in den Zweigen des Baugewerbes, Fischfang, Bergbau, Industrie (hauptsächlich Zuckerindustrie), Erziehung, Gesundheitswesen, Landwirtschaft und andere.

Bedeutsam ist ebenfalls die Anwesenheit von bulgarischen Technikern in diesem Sinne, gefolgt von der Tschechoslowakei mit fast 1 000, Ungarn, Polen und der DDR.

30 % aller Spezialisten dieser 6 Länder haben während des Jahrfünfts bei hydraulischen und Straßen(?) ("=vial")bauarbeiten bearbeitet, die ein grundlegendes Gebiet für die Infrastruktur der Wirtschaft des Landes darstellen und auf dem in den letzten Jahren wichtige Fortschritte erreicht wurden.

Die Mehrheit der Tschechen arbeiten auf dem Sektor des Bergbaus, die Deutschen (DDR) in der Erziehung, die Ungarn in der Landwirtschaft und Viehzucht und die Polen im Baugewerbe.

Während des Jahrfünfts wurden 140 Studienreisen durchgeführt, sowohl von kubanischen Spezialisten, die in diese Länder und Rumänien reisten, um technische Informationen über besondere Probleme zu erhalten, als auch von Technikern dieser Nationen, die zur Insel reisten, um solche Informationen zu vermitteln.

Die Sowjetunion ist auch mit 35 % das erste soz. Land, mit dem solche technischen Studienreisen durchgeführt wurden, besonders in der Grundindustrie. Rumänien hat bei 10 dieser Programme teilgenommen.

Die SU, CSSR, DDR, Ungarn, Polen, Bulgarien und Rumänien lieferten Kuba in den letzten 5 Jahren fast 400 technische Studien, Muster und Ausrüstungen für die technologische Ausbildung.

Allein Ungarn lieferte 82 im Landwirtschafts- und Viehzuchtssektor, während die SU fast 200 in 14 wichtigen Zweigen gewährte einschl. der Zuckerindustrie, Nahrungsmittel-, Grund-, Leichtindustrie, Bergbau, Fischfang, Transport, Bauwesen, Gesundheitswesen und Erziehung.

340 kubanische Spezialisten verbesserten ihre berufliche Qualifikation während des Zeitraums in diesen 7 Ländern in den geplanten Zeigen, wobei nicht die ca. 1 500 kubanischen Jugendlichen gezählt sind, die im Jahresdurchschnitt in erwähnter Zeit in diesen sozialistischen Nationen Europas studierten.

Die CSSR nimmt während des Jahrfünfts den ersten Platz ein in der Vorbereitung der Ausbildung von kubanischem Personal zur Erwerbung der Kenntnisse, die es ihm möglich machen, sich in Spezialgebieten zu qualifizieren.

Auch bei der direkten Zusammenarbeit zwischen verwandten Institutionen steht die CSSR an erster Stelle mit 24 gemeinsamen Arbeitsprogrammen für die technische Qualifizierung zwischen 1967-71.

Obwohl noch keine offiziellen Daten existieren, scheint alles darauf hinzudeuten, daß sich 1972 die Zusammenarbeit dieser sozialistischen Länder Europas mit der kleinen Antilleninsel verstärkt hat, wobei die SU an erster Stelle steht.

Die letzten Kontakte auf hohem Niveau zwischen den kubanischen und führenden europäischen Persönlichkeiten erlauben, ein noch fruchtbareres Jahrfünft vorauszusagen auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit, wichtig für Kuba in den Augenblicken, in denen es große Anstrengungen unternimmt, um die Entwicklung voranzutreiben.

Die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen Kuba und den sozialistischen Nationen Europas begünstigt merklich das Land mit geringerer Entwicklung und hilft mit bei seinen Bemühungen, sich von der Rückständigkeit, die 1959 geerbt wurde, zu erholen sowie von den Auswirkungen der illegalen Wirtschaftsblockade, der es durch die Monopole der USA unterworfen wurde, als es die Bande der Unabhängigkeit brach.

Gruppe Hamburg

Redaktionsschluss für Beiträge!

Im Merkblatt für "Mitteilungs"-Beiträge vom 8.7.1972 sind die Redaktionsschluss - Angaben versehentlich falsch angegeben worden. Redaktionsschluss ist jeweils:

31. August,
30. November,
28. Februar,
31. Mai.

Bitte betrachten Sie die im Rundschreiben angegebenen technischen Anweisungen für Beiträge!!

Red.

----- Kuba. Die Mechanisierung der Zuckerrohrernte -----

Von Roberto Gómez González, Prensa Latina, La Habana; En: Síntesis latinoamericano, No. 237, 9.10.1972:

Die Mechanisierung von Anbau und Ernte des Zuckerrohrs wird in Kuba mit einer Schnelligkeit vorangetrieben, die die Anstrengungen aller anderen Zucker produzierenden Staaten Lateinamerikas weit übertrifft. Dies wurde von Spezialisten und Unternehmern, die an der 40. Konferenz der Zuckerrohrtechniker Kubas teilnahmen -welche kürzlich in Habana stattfand-, öffentlich anerkannt.

Auf diesem wie auf anderen Gebieten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Kubas begann mit der Revolution, welche am 1.1.1959 an die Macht kam, eine neue Ära.

In der vorevolutionären Zeit erfolgte fast der gesamte Anbau sowie die Ernte des Zuckerrohrs, Hauptprodukt der Insel, manuell, wodurch eine große Anzahl von Arbeitskräften absorbiert wurde. Es bestand keine Aussicht auf Überwindung dieser Situation, denn die großen nordamerikanischen Unternehmer, die den Markt dieses bedeutsamen Nahrungsmittels kontrollierten, hatten daran kein Interesse.

Es spricht für sich, daß die Produktion von 5 Mill. Tonnen Zucker die Kräfte von 1/2 Mill. Menschen notwendig machte, von denen 350 000 bei der Ernte und ungefähr 150 000 in der Verarbeitung und mit dem Transport beschäftigt waren.

Am Ende jeder Zuckerrohrernte füllten etwa 280 000 Arbeiter die Reihen der Arbeitslosen während des sogenannten 'tiempo muerto', d.h. dem Zeitraum zwischen dem Ende der einen und dem Beginn der nächsten Zuckerrohrernte. Damit wuchs die landwirtschaftliche Reservearmee Kubas vertikal.

Die erste Auswirkung der revolutionären Umwandlung im landwirtschaftlichen Bereich war die Aufhebung dieser großen Anzahl von Arbeitern, die einen Teil des Jahres nicht benötigt wurden. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie die positiven Auswirkungen der Agrarreform brachten gleichzeitig auch Schwierigkeiten: den Arbeitskräftemangel bei der Zuckerrohrernte, der das erste Mal bei der Zafra 1960 bemerkbar wurde.

Der damalige Industrieminister Kubas, Kommandant Ernesto Che Guevara, gab den ersten Anstoß für die Mechanisierung; noch im Jahr 1962 wurden in Kuba die ersten Versuchs-Schneidemaschinen -von kubanischen Technikern und Arbeitern entworfen und konstruiert- eingeführt.

Bei der Ernte von 1963 wurde der erste Versuch auf breiter Basis fortgeführt u.z. mit einigen Hundert Schneidern vom Typ ECEA-MC 1, die annähernd nach einem südafrikanischen Modell gebaut waren. Aber aus verschiedenen Gründen, unter ihnen Mängel in der Konstruktion und die Tatsache, daß viel Personal für Komplementäraufgaben benötigt wurde, war man gezwungen, diese Maschinen auszurangieren.

Der eigentliche Beginn der Mechanisierung der Zuckerrohrernte auf Kuba erfolgte 1964, als 3500 Schneider sovjetischer Bauart mit optimalen Resultaten verwendet wurden. Der späte Erwerb von Tausenden weiteren Schneidern hat es möglich gemacht, die kubanischen Zuckerrohrschläger von der schweren Arbeit, die das manuelle Zuckerrohrschneiden bedeutet, zu befreien und die Produktivität um 40 % zu steigern.

1965 wurden die ersten sowjetischen "combinada" eingeführt, ungefähr 500 Maschinen vom Typ KCT-1. Dennoch erreichte die Ergiebigkeit noch nicht das gewünschte Niveau, d.h. es wurden weiter perfektionierte Modelle gebraucht.

In den folgenden Jahren wurden neue Maschinen entwickelt, die das Programm vom technischen Gesichtspunkt praktisch erfüllt haben: durch die Erntemaschinen "Libertad" und "Henderson", die im Ausland nach Plänen kubanischer Techniker gebaut wurden, und den Gebrauch der australischen Erntemaschine "Massey-Ferguson". Später folgte mit hohen Erträgen die "combinada" KTP-1 mit Selbstantrieb (autopropulsada), ein Ergebnis der Arbeiten kubanischer und sowjetischer Techniker.

Das Problem der Mechanisierung der Zuckerrohrernte ist aber nicht auf die Maschinen beschränkt. Es handelt sich um einen ganzen Komplex, von der Aufbereitung der Felder, die völlig eben und frei von Baumstümpfen, Steinen und anderen Hindernissen sein müssen bis zur Suche nach den besten Arten von Zuckerrohr, die gerade wachsen, und vor allem bis zur langen und komplizierten Ausbildung der Menschen.

Beträchtliche Anstrengungen werden in der großen Zuckerrohrprovinz Camagüey unternommen, wo einige der bedeutendsten Fabriken liegen und mehr als 300 000 ha Land für den Zuckerrohranbau genutzt werden. Davon sind 190 000 ha voll mechanisierbar während der Rest Schwierigkeiten aufwirft.

Um diese zu beseitigen, hat man spezielle Arbeitsbrigaden gebildet, deren Hauptaufgabe die Vorbereitung der Zuckerrohrfelder für den Gebrauch von Maschinen ist, für deren Benutzung die Arbeiter gleichzeitig ausgebildet werden.

Bei der nächsten Ernte wird Camagüey über 220 Erntemaschinen verschiedenen Typs verfügen, die die direkte und ergänzende Arbeit von 3 785 Menschen nötig machen. Sie werden 320 Mill. arrobas (1 ar.= 12 Kilo; der Übersetzer) schneiden, wofür man vorher 16 000 macheros brauchte.

Die Mechanisierung der Zuckerrohrernte geht auf Kuba langsam aber schon auf sicherer Basis voran. Wenn das mechanische Schneiden bei der letzten Ernte 7 % ausmachte, so werden es 1973 aufgrund von Kalkulationen 12 % sein.

Mit stetigem Tempo soll bis zum Ende des Jahrzehnts die Mechanisierung der gesamten Ernte erreicht werden. Das wird dem Land erlauben, die Kräfte von Zehntausenden von Menschen auf weitere wichtige Sektoren der Wirtschaft zu konzentrieren, wodurch der wirtschaftliche Aufbruch Kubas beschleunigt werden wird.

Dieser Erfolg wird auch ein Verdienst der revolutionären Voraussicht des Kommandanten Che Guevara sein, dessen Todestag in Bolivien das kubanische Volk in diesen Tagen gedachte.

Gruppe Hamburg

----- Anmerkungen zur letzten Ausgabe der «Mitteilungen» -----

Mit der Herausgabe der ersten Nummer der "Mitteilungen" ist ein wichtiger Schritt zur Konsolidierung des KoWiZuKu sowie zur besseren Kommunikation getan. Nach Meinung der Zentrale muß diese Initiative von den lokalen Gruppen aufgenommen werden. Das möchten wir mit folgender Kritik tun:

1. Wir sind der Meinung, daß die "Mitteilungen" drucktechnisch besser gestaltet werden müssen. Die Gruppe, die die technische Herstellung übernimmt, muß auch dafür sorgen, daß die "Mitteilungen" ohne zusätzliche Arbeit an die einzelnen Gruppen verschickt werden können (ohne Schnippel- und Klebearbeit!). Wenn von der Redaktion Fotos vorgesehen werden sollte gewährleistet sein, daß sie erkennbar sind (Rasterfolien!). Es sollten auch nur aussagekräftige Fotos verwendet werden.

2. Da die "Mitteilungen" auch zu einem einheitlichen Informationsstand aller Mitglieder über Kuba führen sollen, halten wir es für sinnvoll, in jedem Heft ein bestimmtes Thema schwerpunktmäßig zu behandeln. In der ersten Ausgabe wurde ein solcher Schwerpunkt faktisch schon durch die Länge des Goldenberg-Artikels gesetzt. So notwendig die Auseinandersetzung mit sozialdemokratischen Angriffen ist, so scheint uns zuvor die Erarbeitung authentischer Informationen über Kuba selbst wichtiger, damit alle Mitglieder des KoWiZuKu solchen Angriffen inhaltlich entgegentreten können.

Als Schwerpunkte für die folgenden Ausgaben schlagen wir vor: a) Pädagogische Revolution in Kuba: Escuelas en el campo (s. Granma v. 1.10.72)

b) Verhältnis Kuba - RGW (Comecon) - Sozialistische Arbeitsteilung

Neben dem jeweiligen Schwerpunkt sollten in jeder Ausgabe kleinere Mitteilungen über Kuba enthalten sein.

Außerdem sollten die "Mitteilungen" zu einem wirklichen Kommunikationsmittel des Komitees werden, d.h. daß regelmäßig Berichte der lokalen Gruppen erscheinen.

Zur Organisation dieser Arbeitsvorhaben machen wir folgende Vorschläge:

a) Jede lokale Gruppe übernimmt einen Schwerpunkt, über den sie für eine bestimmte Nummer einen Beitrag schreibt. Die Redaktion sammelt die Schwerpunkt-vorschläge, wählt aus und legt die Reihenfolge ihres Erscheinens fest. Die Gruppen bereiten ihre Beiträge dann entsprechend vor.

Dieser Punkt sollte vom nächsten Delegiertenrat diskutiert und verbindlich beschlossen werden. Bis zur Erarbeitung des ersten Schwerpunktes werden die Nummern der "Mitteilungen" noch ad hoc von der Redaktion geplant.

b) Im Zusammenhang mit ihren Schwerpunkten übernehmen die lokalen Gruppen die Auswertung von Informationsquellen wie Granma, Bohemia, Verdo Olivo und Pressediensten und versorgen so die Redaktion mit aktuellen Notizen.

Zentrale Bielefeld